

Eingangsvermerk:

Eingang:

Aktenzeichen:

PLZ, Ort, Datum

Stadtverwaltung Eisenach  
Ordnungsamt - Abteilung Straßenverkehr  
Ernst-Thälmann-Straße 74  
99817 Eisenach

## Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung

gemäß § 46 (1) Straßenverkehrsordnung (StVO)  
zum Befahren öffentlicher Straßen bei bestehenden  
Verkehrsverboten

### Antragsteller

Name, Vorname / Firma:

Straße:

Ort:

Telefon / Telefax:

Ich / Wir beantrage(n) die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung von den bestehenden Verkehrsverboten / Verkehrsbeschränkungen

Ort, Straße:

zwischen:

am:

In der Zeit:

von

Uhr

bis

Uhr

### mit nachstehend aufgeführtem(n) Kraftfahrzeug(en)

|  |                   |                               |                                |
|--|-------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| <input type="checkbox"/> PKW             | amtl. Kennzeichen | <input type="checkbox"/> Krad | amtl. Kennzeichen              |
| <input type="checkbox"/> Kraftomnibus    | amtl. Kennzeichen | Personenzahl                  | zulässiges Gesamtgewicht<br>kg |
| <input type="checkbox"/> LKW             | amtl. Kennzeichen | Ladegut                       | zulässiges Gesamtgewicht<br>kg |
| <input type="checkbox"/> Anhänger        | amtl. Kennzeichen | Ladegut                       | zulässiges Gesamtgewicht<br>kg |
| <input type="checkbox"/> Zugmaschine     | amtl. Kennzeichen | Ladegut                       | zulässiges Gesamtgewicht<br>kg |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaschine | amtl. Kennzeichen | <input type="checkbox"/>      |                                |

Kurze Begründung für die Notwendigkeit der Ausnahmegenehmigung:

Ich/Wir stelle(n) in Bezug auf die Ausnahmegenehmigung bereits heute den **Träger der Straßenbaulast** bzw. die für die Verkehrssicherungspflicht zuständige Verwaltung von Entschädigungsansprüchen Dritter frei für Schäden, welche im Rahmen der Genehmigung entstehen. Ferner übernehme(n) ich/wir für jeden von mir/uns angerichteten Schaden am Straßenkörper und Straßenzubehör, der über den Rahmen des durch die übliche Straßenbenutzung entstehenden Schadens hinausgeht, die volle Haftung. Es ist mir/uns bekannt, dass im Falle einer plötzlich notwendig werdenden Totalsperre kein Rechtsanspruch auf Durchführung der beantragten Fahrten besteht.

Die **EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)** und das neue Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) gelten seit dem 25.05.2018. Im Rahmen der Antragstellung müssen personenbezogene Daten nach den gesetzlichen Vorgaben erfasst, gespeichert, verarbeitet und weitergeleitet werden. Mir ist bewusst, dass ohne die o. g. erforderlichen Angaben mein Antrag nicht bearbeitet werden kann.

Zustimmung des Straßenbaulastträgers bzw. Grundstückseigentümers zu vorstehenden Antrag mit folgenden Auflagen:

Unterschrift Antragsteller, Firmenstempel